

Am 14. Mai finden in Nordrhein-Westfalen wieder Landtagswahlen statt. Wir Republikaner nehmen an diesen Wahlen teil, damit für unsere Bürger eine kritische Opposition zu den Altparteien wählbar ist.

Für uns steht das Wohl der eigenen Bevölkerung an erster Stelle und primär müssen die Belange unserer Bürgerinnen und Bürger wieder Gehör finden. Wir sind entschiedene Gegner der merklischen Asylpolitik und haben uns frühzeitig gegen diese positioniert.

Wir sprechen uns gegen die weitere Zuweisung von Asylanten nach NRW aus und für die konsequente Abschiebung abgelehnter Zuwanderer. Wer keinen Asylgrund hat, der darf sich auch nicht länger in unserem Land verweilen. Gleiches muss für kriminelle Ausländer gelten, denn wer unser Gastrecht missbraucht, der muss umgehend rückgeführt werden.

Setzen wir mehr Gelder für die eigenen Bürger ein, denn diesen Menschen sehen wir uns vorrangig verpflichtet.



## KURZPROGRAMM zur Landtagswahl in NRW

Wir machen Politik für  
unser Volk



### Informieren Sie sich über unsere Positionen:

DIE REPUBLIKANER (REP)      TEL: 0211 995 479 03  
Landesverband NRW      FAX: 0211 995 479 13  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf  
Email: nrw@rep.de  
Internet: www.rep-nrw.de



**AM 14. Mai: IHRE STIMME GEGEN DIE ALTPARTEIEN**

V.i.S.d.P.: DIE REPUBLIKANER (REP) Landesverband NRW, Pf. 140407, 40074 Düsseldorf

DIE REPUBLIKANER  
**REP**

**RICHTIG EHRliche POLITIK  
Landesverband NRW**

# 11 GUTE GRÜNDE REPUBLIKANER ZU WÄHLEN

## 1. MEHR POLIZEIBEAMTE - SICHERHEIT DURCH RECHT UND ORDNUNG

In den vergangenen 10 Jahren stieg die Zahl der Polizeibeamten in NRW real nur um 1200 an und liegt jetzt bei 40.000. Im gleichen Zug nahmen die Deliktzahlen erheblich zu. Deshalb braucht unser Land mehr Polizisten zur effizienten Kriminalitätsbekämpfung. Schon vor 8 Jahren war klar, dass diese Neueinstellungen nicht ausreichen würden, um den Personalschwund durch Pensionierungen komplett auszugleichen oder für eine ausreichende Aufstockung zu sorgen. NRW wird von mobilen ausländischen Einbrecherbanden heimgesucht. Sicherheitsbehörden und Staatsschutz müssen zunehmende Terrorgefahr und wachsenden Widerstand von Extremisten jeglicher Couleur einkalkulieren. Es muss die bundesweit größte islamistische Szene in Schach gehalten werden. Zudem kommen ausländische Verbrecherklans, die ganze Stadtteile für sich beanspruchen und die Polizeikräfte oft über die Grenzen der Belastbarkeit bringen. Als wäre das nicht schon genug, so versucht Innenminister Jäger sich auf Kosten der Polizei durch regelmäßige angekündigte landesweite Geschwindigkeitskontrollen zu profilieren, die einen massiven personellen Aufwand darstellten.

## 2. BEZAHLBAREM WOHNRAUM STATT LUXUSTEMPELN SCHAFFEN

Wir Republikaner verstehen uns als Sozialpatrioten. Besonders in den Großstädten fehlt bezahlbarer Wohnraum. Steigende Mieten und stagnierende Einkommen sorgen zunehmend für erhebliche Probleme bei der Wohnungssuche. Besonders Arbeitslose und Geringverdiener sind davon betroffen. Daher muss primär bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, statt Luxusbauten. Nach dem Willen der Landesregierung soll verstärkt gebaut werden, um Asylanten und Flüchtlinge unterzubringen, jedoch nicht für die eigene Bevölkerung. Diese Politik ist ein Schlag ins Gesicht für jeden wohnungssuchenden Einheimischen und wird von uns nicht mitgetragen.

## 3. MEHR KITAPLÄTZE FÜR UNSERE KLEINEN

Unser Land muss sich mehr für Familien mit Kindern einsetzen. Die Veränderung fängt bereits bei unseren Kleinen. Deshalb setzen wir uns für die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Kitaplätze ein. Wer hier spart, der spart an den Schwächsten.

## 4. WIRTSCHAFTLICHER RETTUNGSSCHIRM FÜR DAS RUHRGEBIET

Das Ruhrgebiet ist das Herz unseres Bundeslandes. Genau hier trifft es aber die Menschen besonders hart. Schwindende Industrie, überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, erhöhtes Armutsrisiko und Städte im ungebremsten Niedergang. Wir brauchen deshalb einen wirtschaftlichen Rettungsschirm für das Ruhrgebiet, statt für EU-Pleiteststaaten.

## 5. SOZIAL OHNE ROT ZU WERDEN

Wir Republikaner verstehen uns als Volksvertreter, die sich primär um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung kümmern. Während in NRW fast jeder fünfte Einwohner an der Armutsgrenze lebt, werden Milliarden in die Integration von Personen investiert, die aus überwiegend wirtschaftlichen Gründen in unser Land strömen. So kann und darf es nicht weitergehen. Über 60.000 registrierte Wohnungslose leben in NRW auf der Straße oder in Notunterkünften. Alters- und Kinderarmut steigen, während für Asylbewerber jährlich Milliarden Euro ausgegeben werden. Wer so mit dem eigenen Volk umgeht gehört abgewählt.

## 7. ASSIMILATION STATT INTEGRATION

Wer nach Deutschland kommt, der muss sich in unsere Gesellschaft eingliedern und sich normgerecht verhalten. Unsere Gesetze sind einzuhalten und unsere Kultur gilt es zu achten und zu respektieren! Der Koran steht dabei nicht über den irdischen Gesetzen. Es darf auch nicht länger hingenommen werden, dass sich ganze Stadtteile in rechtsfreie Zonen umwandeln. Respekt gegenüber unserem Land und seinen Bürgern ist Pflicht.

## 8. NRW EINE HOCHBURG DER ISLAMISTEN

NRW wird als Wohlfühlzone für Salafisten bezeichnet. Über Jahre hinweg konnten sich die Extremisten nahezu unbehelligt ausbreiten und für ihre Ziele werben. Inzwischen gibt es in vielen nordrhein-westfälischen Städten feste Strukturen der selbsternannten Glaubenskrieger, die für einen Anstieg der Terrorgefahr sorgen. Daher ist es notwendig, dass der Rechtsstaat mit allen Mitteln gegen diese Personengruppen vorgeht. Weder dürfen islamische Parallelwelten hingenommen werden, noch eine Scharia-Polizei oder Hassprediger. Wir wollen unsere Freiheit und Identität bewahren.

## 9. WAHLRECHT FÜR ALLE AUSLÄNDER? NICHT MIT UNS!

SPD, Grüne und Piraten planen die Einführung des Wahlrechts für alle Ausländer. Damit festigen die Befürworter der grenzenlosen Zuwanderung ihre Macht für die nächsten Jahrzehnte. Wir Republikaner vertreten die Ansicht, dass in unserem Land nur Deutsche wählen dürfen, bzw. EU-Bürger bei Kommunal- und Europawahlen.

## 10. ABSCHIEBUNG ABGELEHNTER UND STRAFFÄLLIGER ASYLANTEN

Über 1 Million Asylanten kamen in den letzten 2 Jahren bereits nach Deutschland und über 330.000 von ihnen nach NRW. Im Gegenzug erfolgten bisher nur 8.000 Abschiebungen. Der überwiegende Teil der abzuschiebenden Personen stammen dabei nicht aus nordafrikanischen Staaten, sondern sind vom Balkan und könnten deshalb problematisch rückgeführt werden. Damit bestehen auch nicht die Abschiebehindernisse, die immer wieder von der rot-grünen Landesregierung vorgetragen werden. Wir Republikaner fordern die Abschiebung aller abgelehnten und straffälligen Asylbewerber.

Die Einwanderung in die Sozialsysteme sprengt den Sozialstaat und ist eine ungerechte Diskriminierung all jener Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit und ihren Beiträgen die sozialen Sicherungssysteme aufrechterhalten. Unkontrollierte Einwanderung löst keine Probleme, sondern schafft neue: zunehmende Kriminalität, Wohnungsnot und steigende Mieten, Verwahrlosung ganzer Stadtteile, kulturelle Konflikte. Neu zugezogene EU-Ausländer sollen erst nach einer Karenzzeit Sozialleistungen erhalten können. ALG-II-Ansprüche für arbeitssuchende EU-Ausländer müssen danach zeitlich strikt beschränkt werden. Gegebenenfalls muss der Zuzug aus bestimmten Ländern durch Quoten beschränkt werden nach dem Vorbild Großbritanniens und der Schweizer „Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“. Erwiesener Missbrauch muss mit Ausweisung und dauerhafter Wiedereinreiseperrre geahndet werden. Wer das Gastrecht missbraucht und betrügt, der fliegt!

## 11. TIERSCHUTZ

Artgerechte Pflege und Haltung durch Privatpersonen und Gewerbe, wie auch in der Landwirtschaft, ist Voraussetzung für Tierhaltung überhaupt. Die Republikaner treten für ein uneingeschränktes Verbot des Schächtens, Tierversuchsverbote sowie Verbote qualvoller Käfig- bzw. Massentierhaltung und tierquälerischer Lebendtransporte von Schlachtvieh über 50 km täglich ein; Transporte sollen nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof im Inland zulässig sein. Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor Grausamkeiten geschützt werden.